



8/2019

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Grünen haben in dieser Woche ihren Ruf der Verbotspartei wieder alle Ehre gemacht. Vom Liter Benzin für - damals noch—5 Mark, über Veggie-Day bis hin zum Fahنشwenk-Verbot, das die Partei zur Fußball-EM 2016 forderte, konnte jeder vernünftige Mensch nur mit dem Kopf schütteln. Nach dem Vorstoß zur Enteignung von Wohnungsgesellschaften muss man sich nun aber endgültig fragen, in was für einer Welt die Grünen leben oder leben wollen. Dieser neueste Vorschlag ruft vor allem bei uns Ostdeutschen dunkle Erinnerungen wach.

Enteignung kann doch nicht ernsthaft die Lösung sein! Schon deshalb nicht, weil Enteignungen das Problem in der Realität schlichtweg nicht lösen. Aber auf die Tatsachen schauen die Grünen ja bekanntlich nicht. Durch Enteignung entsteht keine einzige neue Wohnung. Woher das stets klamme Berlin das Geld überhaupt nehmen sollte, will ich gar nicht erst fragen. In und außerhalb der Hauptstadt sollte man das Geld doch lieber in den Neubau von Wohnungen investieren. Aber auch dort klemmt es gewaltig. Mehrere große Wohnungsbauprojekte stecken fest, was zur Folge hat, dass mehrere tausend Wohnungen nicht gebaut werden können. Und das, weil Rot-Grüne Senatoren nicht in der Lage sind, die Bürger von der Notwendigkeit dieser Projekte zu überzeugen.

Ähnliches erleben wir gerade in der Debatte um Fahrverbote. Zum wiederholten mal haben Wissenschaftler nachgewiesen, dass Fahrverbote an einzelnen Straßen oder Kreuzungen gar nichts bewirken. Da dies aber nicht ins Grüne Weltbild passt, wird die Wissenschaft beiseite geschoben und durch Ideologie ersetzt. Diese Art und Weise des Politikmachens ist höchst gefährlich für unser Land. Deutschland, das ehemalige Land der Dichter und Denker wird zum Land der Ideologen und Märchenerzähler.

Für mich persönlich stellt sich dabei immer wieder die Frage, warum diese Art von Politik in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird. Vielleicht deswegen, weil man dadurch nicht zum eigenen Denken gezwungen wird? Vielleicht ist es doch einfacher, freitags nicht mehr arbeiten zu gehen und sich mit allerlei Problemen herum zu plagen, um an den Klimademonstrationen teilzunehmen?

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und schöner Osterfeiertage.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Vereinbarte Debatte zu vorgeburtlichen Bluttests.

Diskutiert wurde die Frage, ob und inwieweit die Kosten neuer Diagnosemöglichkeiten zur Früherkennung des Downsyndroms durch die Krankenkassen übernommen werden sollen. Es ist eine schwierige ethische Herausforderung. Zwar ist ein Bluttest deutlich risikoärmer als die bisher eingesetzte Fruchtwasseruntersuchung. Die leichtere Verfügbarkeit einer Untersuchung könnte aber zu einer zunehmenden Selbstverständlichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bei Kindern mit Downsyndrom führen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA). Seit 2013 beteiligt sich die Bundeswehr an dem Einsatz der Vereinten Nationen zur Stabilisierung der Lage in Mali. Er erlaubt einen Wiederaufbau des malischen Sicherheitsapparats und die Herstellung der staatlichen Autorität im ganzen Land. Wir berieten den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung der Bundeswehr um ein weiteres Jahr bis zum 31. Mai 2020 zu verlängern.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung malischen Streitkräfte (EUTM Mali). Als Ergänzung des VN-Einsatzes MINUSMA beantragte die Bundesregierung auch eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an dem zeitgleich in Mali laufenden EU-Mandat zur Ausbildung der malischen Streitkräfte bis zum 31. Mai 2020. Dieser Einsatz trägt nachhaltig zur Verbesserung der Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte, und damit zur dauerhaften Befriedung der Region bei.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Beraten wurde ein Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Mission bis zum 31. Mai 2020. Seit die Mission im Jahr 2008 eingerichtet wurde, ist die Lage vor Ort deutlich sicherer geworden, selbst wenn die Piraterie in Somalia noch nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte.



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Gesetz zur Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen. Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, gestalten wir die Steuerbefreiungen so aus, dass sie im europäischen Rechtsrahmen dauerhaft gewährt werden können. Hierbei haben wir insbesondere die Stromerzeugungsanlagen im Blick, die Strom aus erneuerbaren Energien oder mittels hocheffizienter Kraftwärmekopplung erzeugen.

Gesetz zur Einführung einer Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis. Mit dem Gesetzentwurf, ist beabsichtigt, auch bisher davon ausgeschlossenen Personen wie etwa in Deutschland lebenden EU-Bürgern oder im Ausland lebenden deutschen Staatsbürgern die Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises in deutschen E-Government-Angeboten zu ermöglichen. Diese Möglichkeit wird durch die Ausgabe eines elektronischen Identitätsnachweises geschaffen.

Bericht zur Zwölften Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Angesichts der zielgerichteten Übernahmen deutscher Unternehmen im Hochtechnologiebereich in der jüngsten Vergangenheit erweitert die Bundesregierung die Prüfmöglichkeiten des Bundes bei Investitionen aus Nicht-EU-Staaten. Die Prüfeintrittsschwelle bei zivilen sicherheitsrelevanten Unternehmen wird von 25%-Anteilserwerb auf 10% abgesenkt. Medienunternehmen werden neu in die Liste der sicherheitsrelevanten Unternehmen aufgenommen, auf die diese Prüfeintrittsschwelle Anwendung findet.

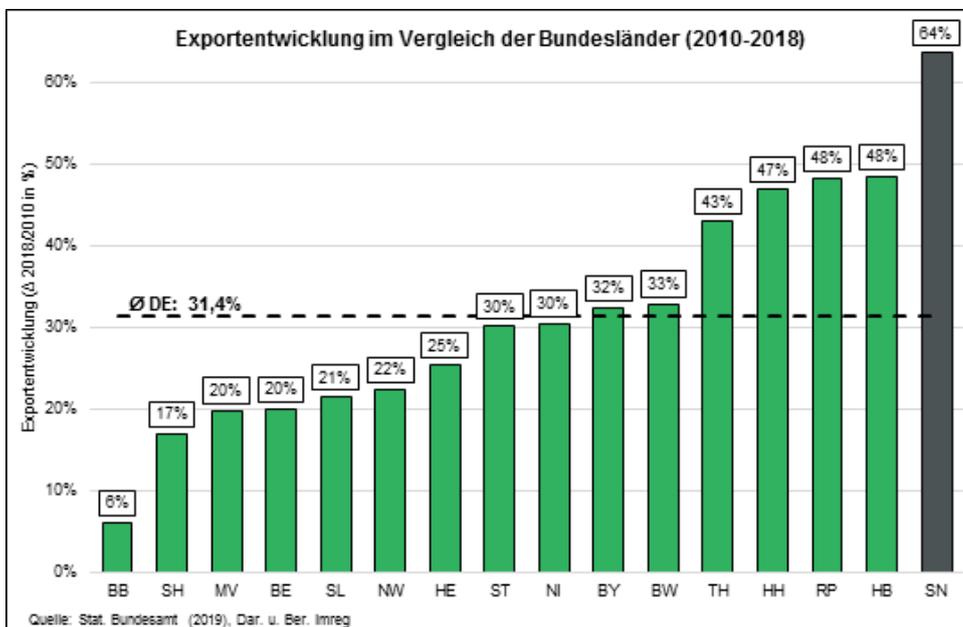
DEUTSCHE AUSSENWIRTSCHAFT STÄRKEN

Parallel zur **sächsischen Außenwirtschaftswoche unter dem Motto "Sachsen! Weltweit dabei"** debattierte der Deutsche Bundestag in dieser Woche zur **12. Verordnung der Außenwirtschaftsverordnung**. Trotz der geschaffenen Möglichkeit, gezielte ausländische Investitionen in bestimmten Sektoren, z.B. im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, zu kontrollieren und gegebenenfalls zu unterbinden, **bleibt Deutschland eine offene Volkswirtschaft. Abschottung ist keine Lösung, offene Märkte und freier Handel gilt es zu verteidigen**. Denn als starkes Land in der Mitte Europas und eine der weltweit führenden Wirtschaftsnationen hat Deutschland ein vitales Interesse an einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die rege Außenwirtschaftsbeziehungen ermöglicht.



Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Wenige Staaten sind so intensiv mit der Weltwirtschaft verflochten wie Deutschland. Deutsche Unternehmen sind dabei **Botschafter für hohe Standards und gesellschaftliche Verantwortung im Ausland**. Die starken deutschen Ausfuhren sind ein Beweis für die hohe Auslandsnachfrage aufgrund der sehr guten Qualität unserer Produkte. Wir müssen uns nicht dafür entschuldigen, wenn deutsche Unternehmen besser sind als andere – im Gegenteil: Darauf sollten wir stolz sein.

Vor allem auch für Sachsen ist der Export weiterhin Basis für die positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. **Sächsische Unternehmen exportierten 2018 Waren im Wert von 40,5 Mrd. Euro in über 200 Länder**. Angesichts dieser großen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Außenhandels wäre Sachsen



von den Auswirkungen weiterer eskalierender Handelskonflikte und deren Folgen für die globale Konjunktur stark betroffen. Das gilt vor allem für Entwicklungen in den TOP-Zielländern China, USA und Großbritannien.

Vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs hat die CDU/CSU-Bundestagfraktion in dieser Woche das **Positionspapier „Die deutsche Außenwirtschaft stärken“** verabschiedet. Darin wird die Bundesregierung u.a.

aufgefordert, den deutschen Mittelstand bei der Erschließung und Sicherung von Auslandsmärkten stärker strategisch zu begleiten und die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung auszubauen. Außerdem ist eine enge Kooperation aller Ressorts innerhalb der Bundesregierung eine wesentliche Anforderung an die Politik.

Darüber hinaus muss es darum gehen, Unternehmerinnen und Unternehmer von Kosten und Bürokratie zu entlasten und nicht durch neue gesetzliche Regelungen in der unternehmerischen Handlungsfähigkeit einzuschränken. Gerade auch die mittelständisch geprägte sächsische Wirtschaft braucht eine praxistaugliche Ausgestaltung von Gesetzen und Vorgaben. Lesen Sie [hier](#) das Positionspapier zur Außenwirtschaft.

BEGEGNUNGEN



Der **Arbeitskreis Afrika** traf in dieser Woche **Vertreter der größten Oppositionspartei Tansanias CHADEMA**. Tansania galt lange Zeit als Stabilitätsanker in Afrika. Jedoch weichen die Entwicklungen seit der Wahl 2015 von demokratischen Standards ab. Im Jahr 2016 wurden öffentliche Parteiveranstaltungen im Land bis zu den nächsten Wahlen 2020 verboten. Auch die Möglichkeit zu parteiinternen Treffen ist stark eingeschränkt. Regierungskritische Äußerungen werden verfolgt und verurteilt. Umso mehr erstaunt der Optimismus von **Tindu Lissu**, Abgeordneter der CHADEMA, der im September 2017 ein politisches Attentat nur knapp überlebte und sich noch immer davon erholt. Er will weiter für einen Machtwechsel im Tansania kämpfen.



Bundestags- und Kuppelbesuch bei Nacht hieß es für die **Schülerinnen und Schüler der Freien Evangelischen Schule Dresden**. Zur späten Stunde sprachen wir vor allem über die Friday for Future-

Demos. Dabei gingen unserer Meinungen mitunter auseinander, was die Schulpflicht betrifft. Trotzdem freute ich mich über das Interesse der Jugendlichen an Energiefragen. Wir diskutierten über Versorgungssicherheit, steigende Strompreise und Kohleausstieg. Nicht zuletzt spielte dann auch die Zukunft des Autos eine Rolle. So legten wir gleich noch eine Physikstunde ein und klärten, wie ein Elektroantrieb funktioniert. Die Investitionen von VW in diesem Bereich sind auch für Dresden und Zwickau von großer Bedeutung.

KLICKTIPP

Andreas Lämmel im Interview

Thema Enteignung von Wohnungsgesellschaften

[mdr aktuell vom 08.04.2019](#)

Thema Rüstungsexporte in Golfstaaten

[mdr aktuell vom 12.04.2019](#)

FROHE OSTERN



TERMINE

15.04.2019, Dresden

Ortsverband Dresdner Süden

16.04.2019, Dresden

Politischer Beirat des BVMW

17.04.2019, Sebnitz

Gemeinsame Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Jens Michel

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb